

NAB
vom 10.9

Ausschuss gibt den Weg für eine Rampenlösung frei

VILLMAR Ohne Hindernisse über den Friedhof in Weyer – Voraussetzungen für Gründung eines Seniorenbeirats geschaffen

Seit Monaten wird in den Gremien des Marktflleckens die Gründung eines Beirats für Menschen mit Behinderungen und Senioren debattiert. Der zur Gemeindevertreterversammlung im Juli vorgelegte Satzungsentwurf war in den Haupt- und Finanzausschuss (HFA) verwiesen worden. In zweistündiger Beratung gingen die Mitglieder dieses Gremiums am Donnerstag das Dokument durch und verständigten sich auf eine überarbeitete Fassung.

„Wir sind uns einig, dass es den Beirat geben soll, damit Senioren und Behinderte eine Vertretung haben“, leitete der HFA-Vorsitzende Andreas Götz (CDU) den Tagesordnungspunkt ein. Für seinen

Parteikollegen Peter Fink stellte sich unter anderem die Frage nach der Zusammensetzung: „Sollte nicht darauf geachtet werden, dass der Beirat paritätisch besetzt und dabei auch Wert auf eine Verschiedenartigkeit der Behinderungen gelegt wird?“

Gertrud Brendgen (AAV) hielt es für wenig sinnvoll, mit Restriktionen an die Zusammensetzung heranzugehen. „Wir können froh sein, wenn wir überhaupt eine gute Besetzung hinkriegen.“ Stefan Rosbach (CDU) monierte einen Paragrafen, nach dem der Beiratsvorsitzende in Angelegenheiten, die zu seinem Aufgabenbereich gehören, sowohl Rederecht in den politischen Gremien hat

als auch ein Antragsrecht gegenüber dem Gemeindevorstand und der Gemeindevertretung. Nach Einschätzung von Gertrud Brendgen sei dies jedoch eine Voraussetzung für die erfolgreiche Arbeit des Beirats. Alicia Bokler (SPD) verwies auf die Satzung des Kinder- und Jugendparlaments, dem diese Rechte eingeräumt sind und plädierte für die Gleichbehandlung des neuen Beirats.

Damit den Gemeindevertretern ein bestmöglich überarbeiteter Satzungsentwurf vorgelegt werden kann, gingen die Mitglieder des HFA diesen Punkt für Punkt durch und stimmten bei strittigen Fragen ab. So wurde der Begriff Senioren auf das vollendete

70. Lebensjahr konkretisiert. Rederecht kann gewährt werden; der Passus zum Antragsrecht wurde gestrichen. Unstrittig war, dass die ehrenamtliche Tätigkeit des Beirats nach den Bestimmungen der HGO und der Villmarer Satzung entschädigt wird.

Ein weiterer Punkt auf der Tagesordnung wurde im Sinne des zu gründenden Beirats für Menschen mit Behinderungen und Senioren entschieden. Das Gremium sprach sich dafür aus, den Sperrvermerk für eine Rampenlösung als Zuweg zur Leichenhalle des Weyerer Friedhofs aufzuheben. „Damit das Bauamt tätig werden kann, ist es wichtig, den Sperrvermerk aufzuheben“, be-

tonte Götz. Auch Rita Frost war dafür, die veranschlagten 3000 Euro freizugeben, damit Menschen mit einer Gehbehinderung oder mit dem Rollstuhl problemlos auf den Friedhof kommen.

Im Rahmen der HFA-Sitzung wurde zudem über die Sinnhaftigkeit diskutiert, dass Villmar dem Bündnis der Klima-Kommunen beiträgt, um gegebenenfalls an Fördertöpfen teilhaben zu können. Dazu braucht es jedoch ein Konzept, welche Ziele konkret umgesetzt werden sollen. „Der HFA würde begrüßen, dies auf den Weg zu bringen“, fasst Götz zusammen und riet dazu, das Thema in den Fraktionen noch mal zu behandeln.



Für Rollstuhlfahrer oder Menschen mit eingeschränkter Gehfähigkeit ist der Weg zur Leichenhalle auf dem Friedhof Weyer schwer zu bewältigen. Eine Rampe soll Abhilfe schaffen. FOTO: KAMINSKY

Der Tagesordnungspunkt zum gemeinsamen Ordnungsbehördenbezirk Runkel/Villmar wurde angesprochen und in Erwartung,

dass bis zur nächsten HFA-Sitzung ein Konzept für die Weiterführung vorliegt, vertagt.

KERSTIN KAMINSKY